

Laschets Nebelkerzen

VON ANTJE HÖNING

Der Ministerpräsident nimmt den Mund voll: Die Organisation des Impfens funktioniert in NRW bestens, erklärte Armin Laschet (CDU) nach dem Impfgipfel. An Rhein und Ruhr habe man inzwischen ein Tempo wie in den USA erreicht. Wenn es gut läuft, könnten am Mittwoch tatsächlich ein Prozent der NRW-Bevölkerung geimpft werden. Doch was heißt das schon? NRW hängt bei der Komplettimpfung sowohl im Vergleich der Bundesländer und erst recht im Vergleich mit den Vereinigten Staaten zurück: Gerade einmal sieben Prozent der NRW-Bürger sind zweimal geimpft. In den USA sind es 28 Prozent. Die USA impfen 30-Jährige, bei uns weiß die große Gruppe der über 60-Jährigen nicht einmal, wann sie einen Termin vereinbaren kann. Was also soll das Werfen von statistischen Nebelkerzen?

Bestens läuft in NRW bei der Pandemie-Bekämpfung gar nichts, weder beim Impfen noch in der Schulpolitik. Weil Land und Kommunen viele Schulen noch immer nicht mit gutem Internet versorgt haben, bedeutet Wechselunterricht, dass im Homeschooling oft gar nichts mehr läuft. Weil das Land beim Einkauf von Einzeltests für Schüler geschlafen hat, muss wertvolle Zeit in der Schule nun mit dem Portionieren von Testmaterial verwendet werden. Zum Thema Impfen seiner Kinder kann NRW noch gar nichts sagen. Immerhin widersteht Laschet der Versuchung, jetzt auch noch in den Wettlauf mit Markus Söder (CSU) um das Ende der Priorisierung einzusteigen. Die Priorisierung ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Problems, das weiter im Mangel an Impfstoff besteht. Aber auch hier brachte der Impfgipfel keine Klarheit: Weder für Hausärzte noch für Betriebsärzte gibt es belastbare Zusagen. In den USA impft man dagegen schon im Supermarkt. Auch das zeigt, wie lächerlich Laschets Vergleich mit den Vereinigten Staaten war.

BERICHT HAUSÄRZTE ERWARTEN ANSTURM..., WIRTSCHAFT

Datenschutz ist Menschenrecht

VON REINHARD KOWALEWSKY

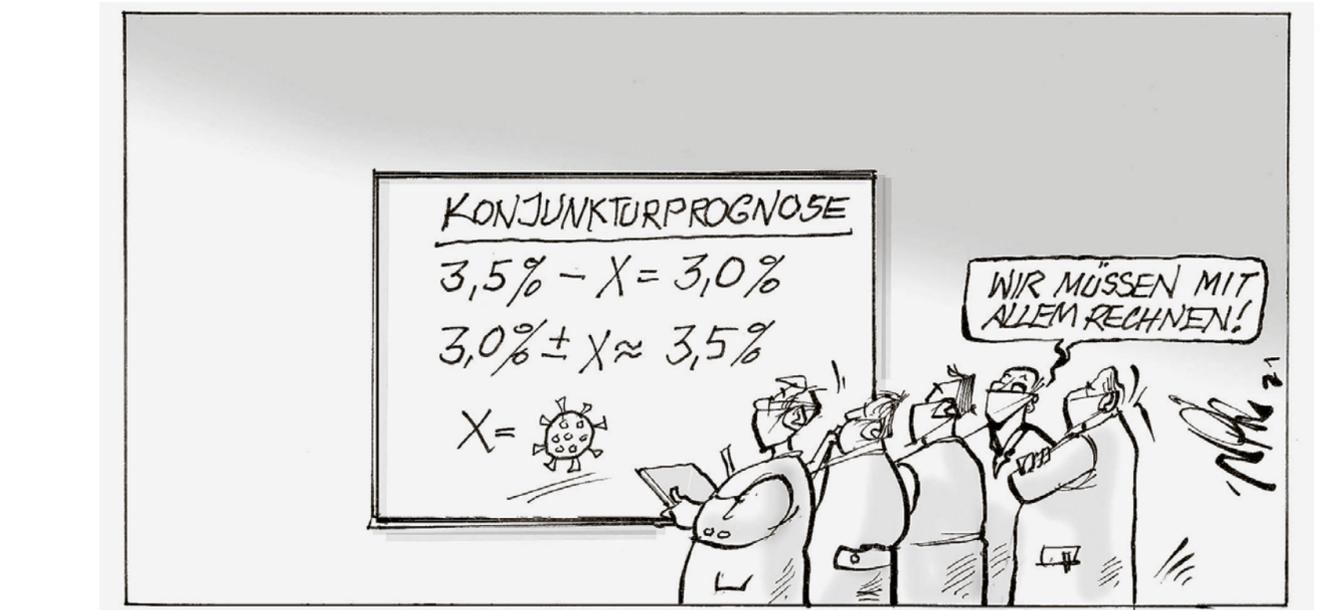
Es kann nur begrüßt werden, wenn Apple den Nutzern von iPhones und iPads eine stärkere Selbstbestimmung über die Nutzung ihrer Daten ermöglicht. Dabei bietet der US-Konzern ja nur etwas an, was selbstverständlich sein sollte: Natürlich müssen Menschen selbst entscheiden, wo und wie Onlinefirmen abspeichern und verarbeiten dürfen, wofür Kunden sich früher interessiert haben, welche Waren gekauft wurden oder welche Orte besucht wurden. In diesem Sinne ist auch richtig, dass das Bundeskartellamt Facebook verbietet will, den Bürgern Nutzungsbedingungen aufzuzwingen, die das Ausschalten von Daten über Hunderte von Apps und Websites hinweg erlaubt. Facebook muss gezwungen werden, den Menschen Wahlfreiheit zu geben, welche Informationen insbesondere von fremden Seiten zusammengetragen werden.

Für die Zukunft kann nur gehofft werden, dass die Marktwirtschaft funktioniert. Weil Apple mehr Datenschutz anbietet, um Geräte besser verkaufen zu können, kommt Google unter Druck, eine vergleichbare Option für das alternative Handy-Betriebssystem Android einzuführen. Zu viel Hoffnung sollten Nutzer beispielsweise von Samsung-Smartphones sich aber nicht machen: Googles entscheidende Einnahmequelle ist und bleibt zielgenau geschaltete Werbung, die Interessen der Menschen spielen keine große Rolle.

Der kritisch denkende Online-Pionier Jaron Lanier brachte die Lage gut auf den Punkt: „Du bist nicht der Kunde der Internetkonzerne, du bist ihr Produkt.“ Er meinte, dass es Facebook und Co. nur darum geht, Informationen über Menschen zu sammeln, die dann gewinnbringend ausgeschlachtet werden. Dieser Logik ist das Denken des Grundgesetzes entgegen zu halten: Die Würde des Menschen ist unantastbar, Datenschutz und Privatsphäre sind Menschenrecht.

BERICHT NEUER DATENSCHUTZ BEIM IPHONE, WIRTSCHAFT

Impressum RP



GEBALLTER SACHVERSTAND

RP: KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Die Infektionszahlen in der Pandemie sind in Stadtteilen mit viel Migrationsanteil höher als anderswo. Das liegt an beengten Wohnverhältnissen und größerer Armut. Impfkampagnen vor Ort könnten Abhilfe schaffen.

Corona trifft die sozial Schwachen

VON MARTIN KESSLER

Der Essener Gesundheitsdezernent Peter Renzel wollte es genau wissen. Er überprüfte alle der Stadt gemeldeten Corona-Infizierte, die zwischen dem 1. März und dem 14. April im dortigen Gesundheitsamt eingingen. „Von den 3921 Menschen jedweden Alters hatten 2001 einen Namen, der auf einen Migrationshintergrund schließen lässt“, sagte Renzel der „Westdeutschen Allgemeinen“. Danach hätte jeder Zweite, der mit dem Coronavirus angesteckt wurde, einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Migranten an der Essener Gesamtbevölkerung beträgt 35 Prozent.

Man mag die Methode für angreifbar halten, aber sie gibt einen Hinweis darauf, dass die Corona-Pandemie auch ein gewaltiges soziales Problem darstellt, weil die Seuche wie andere Volkskrankheiten vor allem ärmere Schichten heimsucht. Und das betrifft in größerem Umfang gerade Menschen mit Migrationsgeschichte.

Dem Beigeordneten Renzel geht es nicht darum, Vorwürfe gegen Migranten zu erheben, sondern auf besondere Probleme aufmerksam zu machen. Migranten stellen etwa 72 Prozent der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften in Essen, viele von ihnen lebten auf weniger Quadratmetern als Menschen in reichen Vierteln. Auch Ärzte in Kliniken wie dem Krankenhaus Bethanien in Moers berichten immer wieder davon, dass viele Covid-Patienten auf den Intensivstationen ausländische Wurzeln hätten.

In Köln liegen für die einzelnen Stadtteile inzwischen genaue Infektionszahlen vor. Von den zehn Vierteln mit dem höchsten Migranten-Anteil übertreffen acht bei der Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner (Inzidenz) den Schnitt der Rhein-Me-

tropole von 240 (Stand Dienstag). Einige Viertel wie Gremberghoven (717), Neubrück (630) oder die Trabantentstadt Chorweiler (520) liegen sogar deutlich über dem Inzidenzwert der Domstadt. Die Verwaltung Kölns erhebt bei den Infektionen nicht, ob bei den Patienten ein Migrationshintergrund vorliegt. Aber die reicheren Viertel wie Lindental, Junkersdorf oder Neuhöfenfeld mit einem deutlich geringeren Migrationsanteil haben Inzidenzen von unter 100. Das Villenviertel Hahnwald kommt nach dieser Statistik sogar auf eine Inzidenz von 0. Der TV-Satiriker Jan Böhmmermann fragt sich auf Twitter angesichts dieser Zahlen, in „wessen Interesse es wohl ist, jetzt über Lockerungen nachzudenken“.

„Die Pandemie hat die soziale Ungleichheit verschärft - wie bei allen Volkskrankheiten“

Nico Dragano
Düsseldorfer Medizinsoziologe

Für den Düsseldorfer Medizinsoziologen Nico Dragano sind solche Zahlen nicht überraschend. „Die Corona-Pandemie hat die soziale Ungleichheit verschärft - wie übrigens bei allen Volkskrankheiten. Sie treffen vor allem die ärmeren Schichten.“ In den Vierteln mit hohem Migrationsanteil sind die Einkommen der Menschen niedriger, die Arbeitslosigkeit im Schnitt höher.

Die Stadt Düsseldorf hat unlängst gemeinsam mit der Heinrich-Heine-Universität in einer Forschungsarbeit über den Nachweis von Antikörpern repräsentativ ermittelt, wie hoch die tatsächliche Anzahl der Infizierten ist. Auch dort stellte sich heraus, dass in Stadtteilen mit eher niedrigeren Einkommen, weniger Einfamilienhäusern, höherer Arbeitslosigkeit und höherem Ausländer- und Migrantenanteil das Risiko, sich mit dem Coronavirus anzustecken, deutlich ausgeprägter ist als in den wohlhabenderen Vierteln mit einer geringeren Migrationsquote. Ähnliche Zusammenhänge werden auch aus Berlin, Hamburg oder München berichtet.

Die Medizin-Ethikerin Christiane Woopen empfiehlt deshalb Impfmobile

INFO

Stadtteil-Inzidenzen in NRW-Städten

Düsseldorf Die Stadt hat die Infektionen in den einzelnen Vierteln vom Beginn der Corona-Pandemie bis zum 12. April dieses Jahres untersucht. Danach liegen die beiden Stadtteile Lichtenbroich (4600 Infektionen pro 100.000 Einwohner) und Hasfels (4138) an der Spitze. Es folgen neun weitere Viertel mit 3500 bis 4000 Infektionen pro 100.000 Bewohner. Davon haben sieben Stadtteile einen Ausländeranteil von mehr als 30 Prozent.

Mönchengladbach Der Stadt liegen nach Angaben des zuständigen Gesundheitsdezernats keine belastbaren Erkenntnisse über an Covid infizierte Personen mit Migrationshintergrund vor, zumal keine Häufungen in den Stadtvierteln festgestellt werden. Nach einer Statistik aus dem Februar gibt es in absoluten Zahlen ein Gefälle zwischen einzelnen Stadtteilen, wobei eine eindeutige Zuordnung von hohen Inzidenzzahlen und Problemvierteln nicht möglich ist.

Bonn Für die frühere Bundeshauptstadt liegen nur Zahlen auf Grundlage der Postleitzahlbezirke vor, die aber wegen ihrer heterogenen Struktur keine Rückschlüsse auf Problemviertel zulassen.



Ein Flüchtlingsheim im Düsseldorfer Stadtteil Lichtenbroich. FOTO: A. BRETZ

für sozial schwierige Viertel, also meist solche mit einer hohen Zahl von Migranten. Damit käme der Impfstoff zu den „Familien und an Arbeitsorte, wo es Probleme mit dem Abstand halten gibt“, meint die Kölner Medizin-Professorin. Die Stadt Duisburg exerziert das bereits in einem Obdachlosenprojekt vor. Dort hat die Gesundheitsbehörde schon am 8. April damit angefangen, die Menschen vor Ort in den Hilfseinrichtungen zu impfen. Von den 288 Menschen, die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe besuchen, sind nach Angaben der Stadtverwaltung bereits 63 geimpft worden - bisher mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer.

Noch sind Vakzine Mangelware, deshalb besteht auch ein gewisser Verteilungskampf um die Spritzen von Moderna, Astrazeneca und Biontech. Menschen mit Vorerkrankungen, Angehörige von Schwangeren, Grund- und Förderschullehrer sowie Ärzte, Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Pflegekräfte werden neben den Älteren vorrangig geimpft. Doch die Diskussion um die Aufweichung der Impfreihenfolge hat längst begonnen. Und da gibt es Gründe, neben Lehrern oder Beschäftigten in Bereichen mit viel sozialen Kontakten auch Personen zu bedenken, die auf engem Raum leben und deshalb wenig Möglichkeiten haben, Distanz zu anderen Menschen zu finden.

Nicht zuletzt sprechen Gründe der besseren Integration dafür, gezielte Impfkampagnen in sozial benachteiligten Stadtvierteln zu starten. Noch halten sich die meisten Gemeinden und Stadtverwaltungen mehr oder minder strikt an die vorgegebene Impfreihenfolge. Und Aktionen in sozial benachteiligten Vierteln erstrecken sich vornehmlich auf Tests, kaum auf Impfungen. Das könnte und sollte sich ändern. In Köln etwa sollen Stadtteile mit einem hohen Infektionsrisiko bald ein Sonderkontingent an Impfdosen erhalten. Das sträubt sich allerdings das Land Nordrhein-Westfalen, die Impfreihenfolge hier aufzuweichen.

WISSENSDRANG

Mehr als 50 Schauspieler haben sich kürzlich an der Videoaktion „Alles-DichtMachen“ beteiligt, in der die Lockdownpolitik der Regierung parodistisch aufs Korn genommen wurde. An der Aktion erstaunt nur der späte Zeitpunkt, gehören doch Künstler zu den Gruppen, die beruflich und existentiell besonders unter der Lockdownpolitik zu leiden haben, auch weil ihnen die Lobby fehlt. Sie sind seit einem Jahr zu einer hochprekären Untätigkeit und zunehmenden Existenznot verdammt. Suizide und Depressionen sind die Folge. Ob die verordnete Untätigkeit und Isolation zum Infektionsschutz wirklich wirksamer ist als die Hygienekonzepte, die Theater und Unterrichten entwickelt haben, ist unter Exper-

Maßlose Kritik an umstrittener Aktion

Auch Künstler haben das Recht, gegen die Politik zu protestieren.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

ten umstritten. Jedenfalls haben auch Künstler das Recht, mit ihren Mitteln gegen eine Politik zu protestieren, die zur Epidemiebekämpfung vor allem auf den Lockdown setzt und die Folgen der Bekämpfungsmethode weniger berücksichtigt. Oder etwa doch nicht? Reaktionen in den Medien bestätigen auf beunruhigende Weise Jan Josef Liefers' Parodie der unkritischen und konformistischen Haltung eines beträchtlichen Teils der Presse gegenüber der Regierungspolitik. Denn wie reagieren die kritisierten Journalisten? Die Künstler, so heißt es in einer meinungsführenden Wochenzeitung, seien erstens „unsolidarisch gegenüber den Toten, den Leidenden und Trauernden“. Zweitens unsolidarisch „gegenüber all jenen, die substanzial kri-

tisieren“ - damit sind offenbar die Journalisten gemeint. Drittens demagogisch. Viertens faschistisch: Was Liefers hier mache sei das „Playbook des Faschismus in der Opposition“. Vor der blindwütigen geschwungenen Faschismuskeule suchten nicht wenige Schauspieler Deckung in einer nahezu stalinistisch anmutenden Selbstkritik: Die Aktion sei „schiefgegangen und unverzeihlich“, gestand Ulrike Folkerts. Unverzeihlich? Dass Künstler es wagen, auf ihre Weise Kritik zu üben? Weil manche Journalisten in ihrer aggressiven Mimosenhaftigkeit jedes Maß verlieren?

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.